Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7030**

14. Wahlperiode 04. 10. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Reinhold Hemker, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/4802 –

Freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung für Entwicklungsländer

A. Problem

Für eine nachhaltige und zukunftsorientierte integrierte Pflanzenproduktion – so wird in dem Antrag ausgeführt – werde neben der Notwendigkeit, den ökologischen Landbau zu fördern, eine international anerkannte und freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung erforderlich sein. Die Zertifizierung habe das Ziel, die Interessen von Ökologie und Arbeitsbedingungen mit der Ökonomie im Rahmen einer fortschrittlichen Umwelt- und Sozialpolitik auf Unternehmensebene zu vereinbaren.

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ein Konzept für die praktische Umsetzung der Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung unter Einbeziehung der Produktion, des Handels, von Nichtregierungsorganisationen und der relevanten angewandten Wissenschaftsbereiche vorzulegen. Zertifizierungsorganisationen, die nach international anerkannten Regeln tätig seien, sollten fachlich und organisatorisch im Hinblick auf eine belastbare und marketingfähige Zertifizierung für Produkte aus der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des biologischen Landbaus unterstützt werden.

Die Bundesregierung soll prüfen, wie sich auch durch Formen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern und in Deutschland (PPP) die Rahmenbedingungen für fair gehandelte Produkte verbessern lassen.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Antrags auf Drucksache 14/4802 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/4802 – mit der Maßgabe anzunehmen, dass die Überschrift des Antrags „Freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung für Produkte aus Entwicklungsländern“ lautet.

Berlin, den 21. Juni 2001

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Reinhold Hemker
Berichterstatter

Siegfried Helias
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhold Hemker, Siegfried Helias, Dr. Angelika Köster-Loßack, Joachim Günther (Plauen) und Carsten Hübner

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag in der Drucksache 14/4802 „Freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung für Entwicklungsländer" in seiner 155. Sitzung am 8. März 2001 federführend an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat über den Antrag in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat über den Antrag in seiner 63. Sitzung am 28. März 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat über den Antrag in seiner 61. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und einstimmig die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat über den Antrag in seiner 58. Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und einstimmig empfohlen, ihm mit der Maßgabe zuzustimmen, dass die Überschrift des Antrags „Freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung für Produkte aus Entwicklungsländern" lautet.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die Fraktion der SPD führte aus, der Antrag solle Initiativen verstärken, die seit mehr als 30 Jahren insbesondere aus dem kirchlichen Spektrum Deutschlands und anderer Länder bereits vieles nach vorne gebracht hätten. Die Bundesregierung werde aufgefordert, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ein Konzept für die praktische Umsetzung der Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung unter Einbeziehung der Produktion, des Handels, von Nichtregierungsorganisationen und der relevanten angewandten Wissenschaftsbereiche vorzulegen. Zertifizierungsorganisationen, die nach international anerkannten Regeln tätig seien, sollten fachlich und organisatorisch im Hinblick auf eine belastbare und marketingfähige Zertifizierung für Produkte aus der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des biologischen Landbaus unterstützt werden. Die Bundesregierung solle ferner prüfen, wie auch durch Formen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern und in Deutschland (PPP) die Rahmenbedingungen für fair gehandelte Produkte verbessert werden könnten. In den Niederlanden und in der Schweiz seien die Marktanteile in diesem Bereich bereits erheblich gestiegen, u. a. durch Stiftungsinitiativen und das Verhalten großer Ladenketten.

Die Fraktion der CDU/CSU brachte zum Ausdruck, dass sie dem Antrag im Prinzip zustimmt. Sie bitte jedoch, die Überschrift dahin gehend zu ändern, dass nicht eine Zertifizierung für Entwicklungsländer, sondern für Produkte aus Entwicklungsländern gewünscht sei. Der Fraktion der CDU/CSU gehe es auch um eine Fortführung und Weiterentwicklung bisheriger Programme. Die internationale Vergleichbarkeit halte sie für wichtig. Zunächst solle in der EU versucht werden, ein einheitliches Zertifizierungsverfahren zu erreichen. Es solle ein effizientes Anreizsystem geschaffen werden, damit die, die ihre Produkte zertifizieren ließen, nicht nur ein Zertifikat, sondern auch noch eine weitere Entlohnung erhielten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hielt Konzepte für die praktische Umsetzung der Zertifizierung für erforderlich. Zwischen der Wirtschaft und der Politik müsse das Netz enger geknüpft werden. Dies sei bisher in vielen Bereichen wegen der unterschiedlichen und zum Teil gegenläufigen Interessen nicht ausreichend geschehen.

Auch die Fraktion der FDP erklärte, dass sie dem Antrag im Prinzip zustimme. Wenn ein Konzept vorgelegt werde, so werde sie darauf achten, dass es nicht zu mehr Bürokratie führe.

Die Fraktion der PDS hielt es für erforderlich, erst einmal zu evaluieren, welche Folgerungen aus der Zertifizierung folgten. Weiter hielt sie es für erforderlich zu prüfen, welche Möglichkeiten das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung konkret habe, Produkte des fairen Handels, zertifizierte Produkte bekannter zu machen, z. B. über einen Ratgeber.

Berlin, den 21. Juni 2001

Reinhold Hemker
Berichterstatter

Siegfried Helias
Berichterstatter

Dr. Angelika Köster-Loßack
Berichterstatterin

Joachim Günther (Plauen)
Berichterstatter

Carsten Hübner
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333